

Germany-Freudenstadt: Architectural, engineering and planning services

OJ S 152/2023 09/08/2023

Contract notice

Services

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Landkreis Freudenstadt

Town: Freudenstadt

NUTS code: DE12C Freudenstadt

Country: Germany

E-mail: freudenstadt_recyclingcenter-baiersbronn@menoldbezler.de

Internet address(es):

Main address: www.badrappenau.de

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://www.dtyp.de/Satellite/notice/CXP4YMZ68BL/documents>

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://www.dtyp.de/Satellite/notice/CXP4YMZ68BL>

Additional information can be obtained from another address:

Official name: Menold Bezler Rechtsanwälte Steuerberater Wirtschaftsprüfer Partnerschaft mbB

Postal address: Stresemannstr. 79

Town: Stuttgart

NUTS code: DE111 Stuttgart, Stadtkreis

Postal code: 70191

Country: Germany

Contact person: RA Dr. Florian Krumenaker, LL.M. / Fachanwalt für Vergaberecht

E-mail: freudenstadt_recyclingcenter-baiersbronn@menoldbezler.de

Internet address(es):

Main address: www.menoldbezler.de

I.4. Type of the contracting authority

Regional or local authority

I.5. Main activity

General public services

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

Landkreis Freudenstadt - Europaweite Vergabe von Generalplanungsleistungen für die Errichtung des Recyclingcenters Baiersbronn

II.1.2. Main CPV code

71240000 Architectural, engineering and planning services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Gegenstand des vorliegenden Verfahrens ist nun die Vergabe von Generalplanungsleistungen für die Errichtung des Recyclingcenters Baiersbronn in den Leistungsphasen 1 bis 9. Die Leistungen sollen unmittelbar nach Zuschlagserteilung beginnen.

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE12C Freudenstadt

II.2.4. Description of the procurement

1.1 Gegenstand des Verfahrens

Der Landkreis Freudenstadt möchte das Recyclingcenter Baiersbronn neu errichten. In diesem Zusammenhang soll ebenfalls ein Betriebs- und Sozialgebäude inkl. Garagenanbau realisiert werden.

Das Ingenieurbüro Roth wurde hierfür im Februar 2022 zunächst mit der Erstellung einer ersten Konzeption beauftragt (Anlage 3 zum Bewerbermemorandum).

Die Konzeption wurde im Kreistag vorgestellt und der Abfallwirtschaftsbetrieb sodann beauftragt, weitere Planungsschritte der ausgewählten Variante 3 zu beauftragen.

Gegenstand des vorliegenden Verfahrens ist nun die Vergabe von Generalplanungsleistungen für die Errichtung des Recyclingcenters Baiersbronn in den Leistungsphasen 1 bis 9. Die Leistungen sollen unmittelbar nach Zuschlagserteilung beginnen.

Folgende Maßnahmen werden durchgeführt:

- Rückbau der bestehenden baulichen Einrichtungen, Berücksichtigung Anschluss an bestehende Zufahrtsstraße und bestehende Infrastruktureinrichtungen
- Einrichtung eines neues Recyclingcenter mit überdachten Flächen
 - o Abladebereich Wertstofframpe mittels Stützmauern
 - o Abladebereich Elektrogeräte
- Errichtung eines neuen Betriebs- und Sozialgebäudes inkl. Garagenanbau
- Herstellung der Flächenbefestigung, Entwässerung, Ver- und Entsorgung
- Herstellung einer PV-Anlage auf der überdachten Fläche
- Herstellung einer Solarthermie-Anlage auf dem Betriebsgebäude
- Herstellung / Anschluss Infrastruktureinrichtungen (Ver- und Entsorgung, Beleuchtung, Umzäunung, Tore etc.).

1.2 Leistungsumfang

Mit Blick auf die enge Verzahnung der zu erbringenden Leistungen sowie die Komplexität der Aufgabe werden die Leistungen als Generalplanungsleistungen mit folgenden Planungsdisziplinen ausgeschrieben:

- Ingenieurbauwerke Überdachung, vgl. § 43 HOAI
- Ingenieurbauwerke Tiefbau, vgl. § 43 HOAI

- Hochbau Betriebsgebäude, vgl. § 34 HOAI
- Tragwerksplanung Betriebsgebäude, vgl. § 51 HOAI
- Tragwerksplanung Ingenieurbauwerke, vgl. § 51 HOAI
- Technische Ausrüstung, Anlagengruppe 1 bis 3 (HLS), vgl. § 53 Abs. 2 i.V.m. § 55 HOAI
- Technische Ausrüstung, Anlagengruppe 4, 5 (Elektro, Fernmelde- und informations-technische Anlagen), vgl. § 53 Abs. 2 i.V.m. § 55 HOAI

Es ist eine stufenweise Beauftragung beabsichtigt, ein Anspruch auf Weiterbeauftragung besteht nicht.

Die Leistungsphase 4 ist bis zum 31. Mai 2024 abzuschließen, sodass der Kreistag im Juli 2024 über die Realisierung des Projekts entscheiden kann. Die Bauvergaben sollen im 3. Quartal 2024 erfolgen.

Der Beginn der baulichen Maßnahmen ist für das 2. Quartal 2025 angestrebt. Die Fertigstellung soll bis Ende zum 1. Quartal 2026 erfolgen, sodass der Betrieb des Recyclingcenters Baiersbronn spätestens am 2. Quartal 2026 erfolgt.

II.2.5. Award criteria

Price is not the only award criterion and all criteria are stated only in the procurement documents

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Duration in months: 36

This contract is subject to renewal: no

II.2.9. Information about the limits on the number of candidates to be invited

Envisaged minimum number: 3 Maximum number: 5 Objective criteria for choosing the limited number of candidates:

Die Bewertung der Teilnahmeanträge und somit die Auswahl der Bewerber, die zur Abgabe eines ersten Angebots aufgefordert werden, erfolgt in einem dreistufigen Verfahren.

Stufe 1:

Zunächst wird geprüft, ob die Teilnahmeanträge den formalen Anforderungen genügen.

Unvollständige Teilnahmeanträge, die trotz ggf. erfolgter Nachforderung von Unterlagen weiterhin unvollständig bleiben, können nicht berücksichtigt werden.

Stufe 2:

Anschließend wird beurteilt, ob der Bewerber nach den vorgelegten Angaben und Nachweisen grundsätzlich geeignet erscheint, die verfahrensgegenständlichen Leistungen ordnungsgemäß zu erbringen.

Stufe 3:

Schließlich wird für den Fall, dass mehr als drei grundsätzlich geeignete Unternehmen sich beworben haben, unter den Bewerbern anhand der Referenzen gem. Ziffer III.1.3 der Bekanntmachung beurteilt, wer unter den als grundsätzlich geeignet eingestuften Bewerbern im Vergleich zu den Mitbewerbern mit Blick auf die zu erbringende Leistung besonders geeignet erscheint und daher am weiteren Verfahren beteiligt werden soll.

Damit eine vorgelegte Referenz im Rahmen der Auswahlentscheidung berücksichtigt werden kann, müssen kumulativ folgende Voraussetzungen vorliegen:

1. Die Referenz muss in der Referenztabelle im Teilnahmeformular (vgl. Seite 22) als priorisiert gekennzeichnet werden. Erfolgt, auch nach ggf. erfolgter Nachforderung, keine Priorisierung durch den Bewerber, so wird die Vergabestelle die Referenzen priorisieren und entsprechend in die Wertung einbeziehen.

2. Die als priorisiert gekennzeichnete Referenz muss die Mindestanforderungen an die Referenz erfüllen.

Im Rahmen der Auswahlentscheidung wird lediglich die als priorisiert gekennzeichnete Mindestreferenz herangezogen. Es können maximal 9 Punkte erzielt werden. Für den bewerberübergreifenden Vergleich sind nachfolgende Kriterien bei der priorisierten Mindestreferenz maßgeblich:

- Bewertet wird die Art des Gebäudes, für welche die Generalplanungsleistungen erbracht wurden, nach folgender Maßgabe:

Vergleichbares Gebäude, aber kein Recyclinghof: 0 Punkte

Recyclinghof: 3 Punkte

- Bewertet wird bei dieser Referenzleistung das Fertigstellungsdatum (Inbetriebnahme) nach folgender Maßgabe:

vor dem 01.01.2020: 1 Punkt

ab dem 01.01.2020 und vor dem 01.01.2022: 2 Punkte

ab dem 01.01.2022: 3 Punkte

- Bewertet werden bei dieser Referenzleistung die Herstellungskosten in EUR netto (KG 300 + 400) nach folgender Maßgabe:

1 bis 1,5 Mio.: 1 Punkt

1,5 Mio. bis 2 Mio.: 2 Punkte

>2 Mio.: 3 Punkte

Für den Fall, dass nach der vorstehend beschriebenen Vorgehensweise durch Punktegleichstand die vorgesehene Anzahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bieter überschritten wird, entscheidet das Los.

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: no

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds: no

II.2.14. Additional information

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

1. Vorbemerkung:

Die Eignung ist für jedes Mitglied einer Bergwerkgemeinschaft gesondert nachzuweisen. Soweit nachfolgend nichts Abweichendes geregelt wird, sind daher alle Eignungsnachweise von jedem Mitglied einer Bergwerkgemeinschaft vorzulegen. Ein Bewerber kann sich zum Nachweis seiner Eignung auf andere Unternehmen stützen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesem Unternehmen bestehenden Verbindungen (Eignungsleihe). Diese Möglichkeit besteht unabhängig von der Rechtsnatur der zwischen dem Bewerber und den anderen Unternehmen bestehenden Verbindungen. In diesem Fall ist der Vergabestelle nachzuweisen, dass dem Bewerber die erforderlichen Mittel tatsächlich zur

Verfügung stehen werden, indem beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens vorlegt wird. Die Unternehmen, auf die sich ein Bewerber zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen die Eignung nach Ziffer III.1.1) bis III.1.3) hinsichtlich derjenigen Eignungskriterien erfüllen, zu deren Nachweis sich der Bewerber auf die Eignung des Unternehmens stützt. Zudem sind für dieses Unternehmen die Erklärungen über das Vorliegen von Ausschlussgründen nach § 123, 124 GWB vorzulegen.

Vorstehende Ausführungen gelten für die Nachweise nach III.1.2) und III.1.3) entsprechend.

2. Vorzulegende Nachweise, Erklärungen und Dokumente:

Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen in Bezug auf Ausschlussgründe einzureichen:

- (1) Eigenerklärung, dass die Ausschlussgründe des § 123 GWB nicht vorliegen,
- (2) Eigenerklärung über das Vorliegen von Ausschlussgründen nach § 124 GWB,
- (3) Eigenerklärung gemäß § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLoG),
- (4) Eigenerklärung zu Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

- (1) Eigenerklärung über den Jahresumsatz in den vergangenen drei abgeschlossenen Geschäftsjahren einschließlich des Jahresumsatzes mit vergleichbaren Leistungen (Generalplanungsleistungen).
- (2) Eigenerklärung über das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme in Höhe von mind. 5 Mio. EUR für Personen- und Sachschäden sowie Vermögensschäden oder Eigenerklärung, im Auftragsfalle einen entsprechenden Versicherungsvertrag zu schließen.

Hinweise der Vergabestelle:

Die geforderte Eigenerklärung zur Berufshaftpflichtversicherung ist von Bewerbergemeinschaften nur einmal vorzulegen.

Mit dem Teilnahmeantrag ist neben dieser Eigenerklärung noch keine Erklärung einer Versicherungsgesellschaft vorzulegen.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

- (1) Eigenerklärung, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Unternehmens und die Zahl seiner Führungskräfte in den letzten drei Jahren ersichtlich sind (2020, 2021, 2022).

- (2) Angabe von Referenzen

Minimum level(s) of standards possibly required:

Zu (2): - Vorlage einer Referenz über die Erbringung von Generalplanungsleistungen für die Errichtung eines Recyclingcenters oder eines vergleichbaren Gebäudes (z.B.

Entsorgungsanlage) für einen öffentlichen Auftraggeber mit anrechenbaren Herstellkosten in den Kostengruppen 300 bis 400 von mindestens EUR

1 Mio. netto. Bei dem Referenzprojekt müssen in dem Leistungsbild Ingenieurbauwerk die Leistungsphasen 2 bis 8 nach HOAI erbracht worden sein. Überdies müssen zumindest Teile der Tragwerkplanung und TGA-Fachplanung (HLS/Elektro) erbracht worden sein. Die Inbetriebnahme und Abnahme muss in den letzten acht Jahren (frühestens 1. Januar 2015) erfolgt sein.

Hinweise:

Die geforderte Mindestreferenz ist von Bewerbergemeinschaften nur einmal vorzulegen. Ausreichend für die Erfüllung der Mindestreferenz ist es, wenn ein Mitglied der Bewerbergemeinschaft ein Referenzprojekt vorweisen kann, welches die Anforderungen in seiner Gesamtheit erfüllt.

Die Erklärungen über die Referenzprojekte müssen jeweils folgende Angaben enthalten:

- Bezeichnung des Auftrags,
- Auftraggeber (Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer),
- Erbrachte Leistungsphasen nach HOAI,
- Zeitraum der Leistungserbringung,
- Zeitpunkt des Fertigstellungsdatums (Inbetriebnahme),
- Herstellkosten (KG 300 und 400 nach DIN 276) in EUR netto,
- Kurze Projektbeschreibung in Wort und Bild

Die Vorlage von mehr als insgesamt einer Referenz ist nicht erwünscht.

III.2. Conditions related to the contract

III.2.2. Contract performance conditions

Für Bewerbergemeinschaften gilt:

Es gibt keine Vorgabe hinsichtlich der Rechtsform. Erforderlich ist die Einreichung einer von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft unterzeichneten Erklärung folgenden Inhalts:

- (1) plausible Darstellung der Aufgabenteilung innerhalb der Bewerbergemeinschaft,
- (2) Benennung des bevollmächtigten Vertreters der Bewerbergemeinschaft,
- (3) Erklärung, dass dieser Vertreter die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft während des gesamten Verfahrens rechtsverbindlich vertritt,
- (4) Erklärung, dass der bevollmächtigte Vertreter berechtigt ist, mit uneingeschränkter Wirkung für jedes Mitglied Zahlungen anzunehmen,
- (5) Erklärung, dass alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft im Vergabeverfahren sowie im Auftragsfall gesamtschuldnerisch haften.

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Competitive procedure with negotiation

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.4. Information about reduction of the number of solutions or tenders during negotiation or dialogue

Recourse to staged procedure to gradually reduce the number of solutions to be discussed or tenders to be negotiated

IV.1.5. Information about negotiation

The contracting authority reserves the right to award the contract on the basis of the initial tenders without conducting negotiations

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2.

Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 04/09/2023 Local time: 12:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

Date: 14/09/2023

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

Es wird darauf hingewiesen, dass das am 1.7.2013 in Kraft getretene Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (LTMG) sowie das Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz) Anwendung finden. Die sich hieraus ergebenden Verpflichtungen, insbesondere auch bei dem Einsatz von Nach- und Verleihunternehmen, sind daher zu beachten.

Die Teilnahmeformulare sind unter der in Ziffer I.3) angegebenen Internetadresse abrufbar. Ebenfalls dort abrufbar ist ein Bewerbermemorandum. In diesen Teilnahmeunterlagen sind wesentliche Teile der ausgeschriebenen Leistung sowie der Verfahrensvorgaben bereits dargestellt. Unter der in Ziffer I.3) angegebenen Internetadresse werden auch Antworten auf Bewerberfragen sowie aktualisierte oder weitere Informationen und Unterlagen zu dem Verfahren zur Verfügung gestellt. Interessenten an dem Verfahren müssen sicherstellen, dass sie regelmäßig und insbesondere unmittelbar vor Abgabe ihres Teilnahmeantrags sowie vor Ablauf der Teilnahmefrist prüfen, ob seitens der Vergabestelle zusätzliche Informationen oder Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden, welche für die Abgabe des Teilnahmeantrags zu beachten sind.

Bekanntmachungs-ID: CXP4YMZ68BL

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Postal address: Durlacher Allee 100

Town: Karlsruhe

Postal code: 76137

Country: Germany

Fax: +49 721926-3985

Internet address: www.rp.baden-wuerttemberg.de

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Es gelten die Bestimmungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB).

Hinsichtlich der Einleitung von Nachprüfungsverfahren wird auf § 160 GWB verwiesen. Dieser lautet:

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch

Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit

1. Der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat;
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Hinsichtlich der Information nicht berücksichtigter Bieter und Bewerber gelten die §§ 134, 135 GWB. Insbesondere gilt: Bieter deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß § 134 GWB darüber informiert. Das gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.

Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung dieser Information durch den Auftraggeber geschlossen werden; bei Übermittlung per Telefax oder auf elektronischem Wege beträgt diese Frist 10 Kalendertage.

VI.4.4. Service from which information about the review procedure may be obtained

Official name: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Postal address: Durlacher Allee 100

Town: Karlsruhe

Postal code: 76137

Country: Germany

Fax: +49 721926-3985

Internet address: www.rp.baden-wuerttemberg.de

VI.5. Date of dispatch of this notice

04/08/2023